Deutscher Bundestag **Drucksache 19/7359**

19. Wahlperiode 25.01.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Fabio De Masi, Jörg Cezanne, Klaus Ernst, Andrej Hunko, Michael Leutert, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Thomas Nord, Bernd Riexinger, Alexander Ulrich, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

20 Jahre Euro – eine Bilanz

Am 1. Januar 1999 erstmals als Buchgeld eingeführt, feiert der Euro dieses Jahr zwanzigjähriges Jubiläum. Der Euro sollte finanzielle Integration fördern und Wohlstand für die europäische Bevölkerung schaffen.

Um die Einführung des Euros zu realisieren, wurde im Juli 1998 die Europäische Zentralbank (EZB) gegründet. Der Verlust der nationalen Geldpolitik als wirtschaftspolitisches Instrument wurde aufgrund der beschränkten Rolle der EZB als Kreditgeber der letzten Instanz sowie des restriktiven fiskalischen Regelwerks der EU nur unzureichend kompensiert. In der Wirtschafts- und Finanzkrise manifestierten sich zudem die Unterschiedlichkeit der nationalen Wirtschaftssysteme und die Schwächen des Eurosystems.

Zwanzig Jahre nach der Einführung des Euros stellt sich die Frage, ob die gemeinsame Währung mit wirtschaftlicher Konvergenz und Wachstum in der Eurozone einhergegangen ist oder nicht und wo die Währung im europäischen und internationalen Kontext heute steht.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat der Euro nach Einschätzung der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Integration bzw. Konvergenz beigetragen?

   a) Sind die in dem Vertrag von Maastricht festgelegten Konvergenzkriterien nach Ansicht der Bundesregierung geeignete Parameter, um ein ausreichendes Maß an Harmonisierung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für einen EU-Beitritt und/oder Euro-Beitritt zu erreichen bzw. im Voraus sicherzustellen?

   b) Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Intra-Eurozonen Handel als Anteil des gesamten Handelsvolumens der Euroländer seit 1999 entwickelt (bitte jährliche Daten angeben)?

   c) Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Leistungsbilanzsalden Deutschlands gegenüber den anderen Euroländern sowie dem Euroraum insgesamt seit 1999 entwickelt (bitte nach Finanzierungssalden der einzelnen Sektoren Haushalte, nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften, Kapitalgesellschaften und Staat in Prozent des Bruttoinlandsprodukts sowie absoluten Zahlen angeben)?

d) Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Leistungsbilanzsalden der Niederlande, Frankreichs, Italiens, Spaniens, Portugals und Griechenlands gegenüber dem Euroraum und Deutschland seit 1999 entwickelt (bitte nach Finanzierungssalden der einzelnen Sektoren Haushalte, nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften, Kapitalgesellschaften und Staat in Prozent des Bruttoinlandsprodukts sowie absoluten Zahlen angeben)?

e) Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Kapitalbilanz Deutschlands insgesamt sowie die der einzelnen Sektoren gegenüber der Eurozone und den Niederlanden, Frankreichs, Italiens, Spaniens, Portugals und Griechenlands seit 1999 entwickelt (bitte nach Finanzierungssalden der einzelnen Sektoren Haushalte, nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften, Kapitalgesellschaften und Staat in Prozent des Bruttoinlandsprodukts sowie absoluten Zahlen angeben)?

f) Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das jährliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den Euroländern und der Eurozone als Ganzes seit 1999 entwickelt (bitte jährliche Daten sowie jährliche Wachstumsraten angeben)?

g) Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Produktivitätszuwachs und das nominale Lohnstückkostenwachstum pro Jahr in Deutschland, den Niederlanden, Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und Frankreich seit 1999 entwickelt (bitte jährliche absolute Daten sowie Wachstumsraten pro Land angeben)?

h) Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Lohnstückkosten und der von der EZB angestrebten Inflationsrate von knapp unter 2 Prozent und wie bewertet sie diesen im Hinblick auf das Lohnstückkostenwachstum in Deutschland?

2. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die jährlichen Staatsschuldenquoten sowie Staatsschuldenrenditen der Euroländer seit 1999 in den Euroländern und der Eurozone als Ganzes entwickelt (bitte jährlichen Durchschnitt pro Jahr und Land in Prozent des Bruttoinlandprodukts angeben)?

a) Wie haben sich die Anteile der deutschen Staatsanleihen, die vom inländischen bzw. ausländischen Sektor gehalten werden, seit 1999 entwickelt (bitte jährliche Daten nach Sektoren Haushalte, nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften, Kapitalgesellschaften, Zentralbank und Ausland einteilen)?

b) Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Emission neuer Staatsanleihen insgesamt, sowie abzüglich der von der EZB gekauften, für das PSPP-Programm (public sector purchase programme) geeigneten, Staatsanleihen in Deutschland, den Niederlanden, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland seit 2010 (bitte in Quartalsabständen angeben)?

c) Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der europäischen Staatsanleihen, die von der Londoner Börse bzw. MTS Cash verwaltet werden, an dem Gesamtvolumen der emittierten Staatsanleihen der Euroländer seit 1999?

d) Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung zutreffend, dass die Londoner Börse aufgrund der Gefahr eines ungeordneten Brexits den Handel mit Euroanleihen nach Mailand verlegt hat bzw. verlegen wird (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/brexit-london-verlegt-anleihenhandel-1.4218201)?

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

3. Profitiert der deutsche Staat nach Kenntnis der Bundesregierung von der ab dem 1. Januar 2019 geltenden Veränderung des Kapitalschlüssels der EZB durch ein größeres Aufkaufvolumen bei Reinvestitionen der Tilgungszahlungen, die im Rahmen des PSPP-Programms gekauft wurden?

   Welche Euroländer büßen nach Kenntnis der Bundesregierung nach dem neuen Kapitalschlüssel der EZB Aufkaufvolumen ein (bitte alten und neuen EZB-Kapitalschlüssel sowie Differenz pro Euroland auflisten und jeweilige Reinvestitionsvolumina)?

   a) Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der von der EZB bzw. dem Eurosystem gehaltenen deutschen Anleihen an den gesamten ausstehenden Staatsanleihen des deutschen Staates, die für das PSPP-Programm in Frage kommen und befindet sich der Anteil noch innerhalb der Vorgabe der EZB, maximal 33 Prozent des Gesamtvolumens der PSPP-geeigneten Anleihen zu halten (vgl. www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2015/html/pr151109.en.html)?

   b) Führen die Bemühungen zur geringeren Nettokreditaufnahme des Bundes nach Ansicht der Bundesregierung langfristig zu einem Konflikt mit der Fortführung der Reinvestitionen des PSPP-Programms durch die Europäische Zentralbank bzw. mit der Einhaltung der Regel der EZB, nicht mehr als 33 Prozent des Gesamtvolumens der jeweiligen für das PSPP-Programm geeigneten nationalen Staatsanleihen zu halten?

4. Wie bewertet die Bundesregierung die Wirkung des Euros auf die Finanzmarktintegration in der Eurozone?

   a) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der grenzüberschreitenden Kreditvergabe im Interbankensektor in der Eurozone seit 1999 (bitte nach Land, Volumen und prozentualem Anteil auflisten)?

   b) Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Nettokreditvergabe des deutschen Bankensektors gegenüber den übrigen Eurozonen-Länder sowie der Eurozone als Ganzes seit 1999 entwickelt (bitte jährliche Daten in absoluten Zahlen sowie in Prozent der gesamten Bankenkreditvergabe angeben und Empfänger nach Sektoren Haushalte, nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften, Kapitalgesellschaften, Staat einteilen)?

   c) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der grenzüberschreitenden Kreditvergabe der nationalen Bankensektoren in Frankreich, den Niederlanden, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland an Kapitalgesellschaften sowie nicht-finanziellen Unternehmen in anderen Euroländern sowie der Eurozone als Ganzes seit 1999 (bitte jährliche Daten angeben)?

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

5. Unterstützt die Bundesregierung das von der Europäischen Kommission anvisierte Vorhaben, die internationale Rolle des Euros zu stärken?

   a) Wie viel Prozent der internationalen Handels-Transaktionen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Euro denominiert, wie viele in Dollar, wie viele in British Pound und wie viele in sonstigen Währungen (bitte jährliche absolute Daten seit 1999 angeben, sowie Anteil an gesamten Transaktionen)?

   b) Auf welches Volumen und auf welchen Anteil belaufen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Euro-Reserven in Schwellen- und Entwicklungsländern, in den USA sowie der Welt insgesamt (bitte jährliche absolute Daten seit 1999 angeben sowie Anteil an gesamten Währungsreserven)?

   c) Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der in Euro abgewickelten Warenimporte und Exporte in Deutschland sowie der Eurozone als Ganzes (bitte jährliche absolute Daten seit 1999 angeben)?

   d) Auf welches Volumen und welchen Anteil belaufen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Euro-denominierten Kreditvolumen außerhalb der EU, in Schwellen- und Entwicklungsländern, in den USA und in der Welt insgesamt (bitte jährliche absolute Daten seit 1999 angeben)?

   e) Würde eine stärkere Rolle im internationalen Handel sowie auf den Devisenmärkten nach Ansicht der Bundesregierung aufgrund einer möglichen Euro-Aufwertung durch stärkere Nachfrage im Konflikt mit der Außenhandelsstrategie bzw. dem Exportüberschuss der Eurozone stehen?

   f) Wie bewertet die Bundesregierung die Vorschläge der Kommission zur Stärkung der internationalen Rolle des Euros aus der Mitteilung vom 5. Dezember 2018 (COM(2018) 796 final)

      aa) ein umfassendes Spektrum an vertrauenswürdigen Referenzzinssätzen zu gewährleisten, um die Attraktivität von auf Euro lautenden Finanzinstrumenten zu erhöhen und gedenkt die Bundesregierung diesen Vorschlag zu unterstützen

      bb) eine „EU-weite grenzüberschreitende ‚Instant Payment'-Lösung in der EU" zu entwickeln und gedenkt die Bundesregierung diesen Vorschlag zu unterstützen,

      cc) die Rolle des Euros auf den Devisenmärkten zu stärken, z. B. durch eine aktivere Rolle der europäischen „Market Maker" (Unternehmen, die über lange Zeit jederzeit bereit ist, einen finanziellen Vermögenswert zu einem offen gestellten Preis zu kaufen oder zu verkaufen) und gedenkt die Bundesregierung diesen Vorschlag zu unterstützen,

      dd) die Verwendung des Euros innerhalb des Energie- und Rohstoffsektors zu stärken und gedenkt die Bundesregierung diesen Vorschlag zu unterstützen?

Berlin, den 18. Januar 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333